

Den Opfern ihren Namen zurückgeben

Der K.-G.-Saur-Verlag hat in einem zweibändigen Werk ein Verzeichnis von 69.000 Namen mit Geburtsdatum, Todestag und Todesort vorgelegt, die in Auschwitz und Birkenau ermordet worden sind. Die deutsche Bürokratie hatte sogar in Auschwitz ein Standesamt eingerichtet. Die Dokumente basieren auf Aufzeichnungen, die von der SS in dieser Hölle akribisch geführt wurden. Von den 1,5 Millionen Ermordeten wurde jedoch eine große Zahl sofort bei der Ankunft in die Gaskammern getrieben, deren Namen nicht festgehalten wurden. Soweit die Totenlisten nicht vor der Befreiung von den Nazis vernichtet worden sind, wurden sie von Soldaten der Sowjetarmee nach Moskau gebracht.

Pinchas-Rutenberg-Institut

Seit den fünfziger Jahren kommen Gruppen von Jugendlichen nach Israel und helfen in sozialen und landwirtschaftlichen Projekten als Zeichen der Versöhnung und Verständigung. Im Rutenberg-Institut finden begleitend dazu Seminare statt. Außerdem kommen Schulklassen und Jugendgruppen zur Begegnung mit arabischen und jüdischen Altersgenossen in das Rutenberg-Institut. Im Rahmen der Begegnungsarbeit finden Hebräischkurse für Deutsche und

Deutschkurse für Israelis statt. Die Jugendlichen lernen die Friedensbewegungen kennen und sind zu Gast in Familien.

Russische Christen und Juden

Juden und Christen in Rußland wollen einander besser verstehen, darum soll in Rußland eine Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gegründet werden. Das wurde bei einem Treffen des Internationalen Rates der Christen und Juden in Budapest bekanntgegeben. Erste Gruppen sind bereits in Moskau und St. Petersburg sowie in einigen anderen Städten entstanden. Sie bemühen sich, einen inneren Antisemitismus in der russischen Gesellschaft zu überwinden sowie Vorurteile und Mißverständnisse auszuräumen.

Tourismus im Nahen Osten

Erstmals in der Geschichte haben die Tourismusminister von Israel, Ägypten und Jordanien 1995 eine gemeinsame Pressekonferenz veranstaltet. Alle drei Länder sind Anrainerstaaten am Roten Meer, eines der beliebtesten Urlaubsgebiete im Nahen Osten. Sie bekundeten den Willen zur Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten zum Wohl der ganzen Region. Auch der Reiseverkehr zwischen den drei Ländern ist erleichtert worden und wird wahrgenommen.

Besuch in Israel

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege war zu Besuch in Israel, den die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland veranstaltet hatte und die von den Mitgliederorganisationen mitgetragen wurde. Außer dem Vorsitzenden der Zentralwohlfahrtsstelle waren die Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter der Mitgliedsorganisationen dabei, u. a. Msgr. Puschmann, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, und Pfarrer Gode, Präsident des Diakonischen Werkes. Schwerpunkt war ein Erfahrungsaustausch mit israelischen Wohlfahrtsinstitutionen, besonders mit Blick auf die israelisch-arabische Zusammenarbeit. Beeindruckt zeigten sich die Teilnehmer von der Bereitschaft israelischer Bürger, nicht nur Hilfe zu empfangen, sondern auch selbst zu helfen. Beispielhaft für Deutschland ist die Integration der Einwanderer aus den GUS in Israel.

Heinz-Galinski-Schule eingeweiht

Vor dem Krieg gab es in Berlin 22 jüdische Schulen. Die letzte wurde 1942 geschlossen. Jetzt wurde die erste jüdische Grundschule in Berlin, die Heinz-Galinski-Schule, eingeweiht. Sie hat Platz für 160 Schüler und Schülerinnen und nimmt auch nicht-jüdische Schüler und Schülerinnen auf. An der Einweihung nahm auch Bundespräsident Roman Herzog teil. In Berlin ist die größte jüdische Gemeinde in der Bundesrepublik mit 10.000 Mitgliedern.

Vorurteile gegen Fundamentalismus

Der Göttinger Politikwissenschaftler Bassam Tibi nennt zwei weitverbreitete Vorurteile gegenüber dem Fundamentalismus: Islam und Fundamentalismus werden gleichgesetzt und Fundamentalismus ist gleich Extremismus und Gewalt. Dabei gebe es, so Tibi, in allen Religionen fundamentalistische Strömungen. Das Streben der Fundamentalisten sei die Durchdringung der Welt mit der Religion und andererseits die Politisierung der Religion. Als wirksamstes Mittel gegen Fundamentalismus sieht Tibi einen intensiven Kulturdialog.

Kennenlernen des Judentums

Der Mainzer Bischof und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann hat zu einem besseren Kennenlernen des Judentums aufgerufen und ermutigt, jüdische Gemeinden zu besuchen und sich eine genauere Kenntnis vom jüdischen Gottesdienst zu verschaffen. Es sei gefährlich, daß in der Glaubensunterweisung noch immer die Juden als Gottesmörder bezeichnet werden. Der 30. Jahrestag der Konzils Erklärung „Nostra aetate“ war ihm Anlaß zur Rechenschaft über die Beziehung von Christen und Juden. „Nostra aetate“ sei ein Text, der zu den wirkungsvollsten des Konzils gehöre. Bernhard Ginzler, Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Köln, versicherte, daß Juden den Konzilspapst Johannes XXIII. als idealtypischen Christen in Erinnerung haben, der an

der Rettung vieler Juden Anteil gehabt habe.

Frau erteilt Rabbinerin Ordination

Die Rabbinerin Gilah Dror, Vorsitzende der Rabbinerkonferenz des Conservative Movement in Israel, hat als erste Frau in Israel einer Frau die Ordination erteilt. In den USA seien bereits die Hälfte Frauen, die studieren. Dort werden schon seit mehr als 20 Jahren Frauen in der jüdischen Reformbewegung ordiniert.

Aufruf an Europäische Union

Das *Board of Deputies of British Jews* fordert die jüdischen Gemeinden im Bereich der EU auf, ihre jeweiligen Regierungen zu veranlassen, das Maastricht-Abkommen dahingehend

zu modifizieren, daß sie die immer noch auftretenden Erscheinungen von Antisemitismus, Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit anprangern und Versammlungen, bei denen diese Auswüchse proklamiert werden, zu kriminellen Handlungen erklären. Der ICCJ (International Council of Christians and Jews) vertritt die Ansicht, daß der Kampf gegen den Antisemitismus nicht allein eine Sache jüdischer Organisationen ist, sondern auch und besonders der nichtjüdischen Welt, weil es auch ihr Problem ist. Der ICCJ fordert alle auf, die Vertreter ihrer Landesregierungen sowie die Vertreter der politischen Parteien im Europaparlament (97-113 rue Beliard, B-1047 Brüssel) zur Abänderung der Verträge aufzufordern.

Leser-Echo

Sr. Waltraud Herbstrith, Tübingen, schreibt zu Clemens Thoma „Verschaukeltes Judentum“ (FrRu NF 4/1995, 241-250):

Ich bin immer froh, wenn Sie gute Dinge im Freiburger Rundbrief darlegen. Das „verschaukelte Judentum“ finde ich ganz richtig gedeutet ... Die Sache mit Edith Stein/Rees sehe ich ähnlich, aber das müßte von außen her angegangen werden. – Mich hat erschüttert, daß weltweit diese messianischen Bewegungen sind. Die Nüchternheit des Christlichen sollte darin bestehen, Juden nicht zum Glauben an Jesus bekehren zu wollen.